Bayer rutscht in Verlustzone, Mindestlohn bei Ferienjobs?, Mieten steigen schneller

Bayer rutscht in Verlustzone

der Umsatzeinbrüche hat der Pharma-Agrarchemiekonzern Bayer bei Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat seine Prognosen für das Geschäftsjahr 2023 gesenkt. Für den Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen und vor Sondereinflüssen gehe man jetzt von 11,3 Milliarden bis 11,8 Milliarden Euro aus, teilte das Unternehmen am Montagabend (24.07.2023) überraschend in Leverkusen mit. Bisher hatte Bayer 12,5 Milliarden bis 13 Milliarden Euro angepeilt. Seine Umsatzerwartung schraubte Bayer auf 48,5 Milliarden bis 49.5 Milliarden Euro herunter. Zuvor war eine Spanne von 51 Milliarden bis 52 Milliarden Euro erwartet worden. Die Prognose für den Gewinn je Aktie senkte das Unternehmen nun deutlich und erwartet jetzt einen freien Cashflow von "etwa null Euro" statt von etwa drei Milliarden Euro. Die Bayer-Aktie reagierte mit Abschlägen von etwa 3 Prozent auf die Kappung der Ziele. Die Papiere lagen nachbörslich zunächst bei rund 50 Euro nach 51,49 Euro zum regulären Xetra-Handelsschluss. Mehr dazu <u>hier</u>. (<u>Manager</u> Magazin

Mindestlohn bei Ferienjobs?

Ein nachvollziehbarer Gedanke: SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hat an die Regierung appelliert, die Ausnahmeregelung beim gesetzlichen Mindestlohn für minderjährige Ferienjobber umgehend abzuschaffen. Mit einer schnellstmöglichen Abschaffung könne mehr Gerechtigkeit für viele Ferienjobber hergestellt werden. Der Mindestlohn sei eine Frage des Respekts für die geleistete Arbeit, und zwar unabhängig von

der Arbeit. Zuletzt hatte die SPD angekündigt, dass sie sich für eine zusätzliche Mindestlohnerhöhung im kommenden Jahr (2024) auf bis zu 14 Euro einsetzen wollen. Der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland soll Anfang 2024 um 41 Cent auf 12,41 Euro pro Stunde steigen. Von der Erhöhung dürften annähernd sechs Millionen Beschäftigte direkt betroffen sein. (Spiegel Online)

Mieten steigen schneller

Schlechte Nachrichten auf dem Immobilienmarkt: Hohe Nachfrage nach Wohnraum, stockender Neubau, abwartende Immobilienkäufer. Der Druck am Mietmarkt in deutschen Metropolen hat laut einer neuen Studie zugenommen. Im ersten Halbjahr kletterten die Angebotsmieten in Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt, Düsseldorf, Stuttgart und Leipzig im Schnitt um 6,7 Prozent (!), wie eine am Dienstag veröffentlichte Analyse des Immobilienspezialisten Jones Lang LaSalle (JLL) zeigt. Im Vorjahreszeitraum habe der Mietanstieg noch 3,7 Prozent betragen. Besonders stark legten die Angebotsmieten in Berlin und Leipzig zu, wo laut Studie prozentual zweistellige Zuwächse verzeichnet wurden. In Berlin habe es 2022 eine Nettozuwanderung von 86000 Menschen gegeben, während nur gut 17000 Wohnungen fertiggestellt worden seien, so JLL. Der Berliner Wohnungsmarkt werde immer enger. Allerdings: Die Preise für Wohnimmobilien in Deutschland sinken seit Monaten. Im ersten Quartal 2023 fielen sie laut Statistischen Bundesamt um 6,8 Prozent zum Vorjahresquartal. Zahlen zum zweiten Quartal stehen noch aus. (Der Tagesspiegel)